

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Donnerstag (Nachmittag), 16. September 2021 / Jeudi après-midi, 16 septembre 2021

Direktion für Inneres und Justiz / Direction de l'intérieur et de la justice

87 2020.RRGR.412 Motion 318-2020 Etter (Treiten, Die Mitte)
Zonenkonformität und umweltrechtliche Zulässigkeit des TCS-Campingplatzes Gampelen umsetzen
Richtlinienmotion

87 2020.RRGR.412 Motion 318-2020 Etter (Treiten, Le Centre)
Camping TCS de Champion : examen de la compatibilité avec la législation sur la protection de l'environnement et changement d'affectation
Motion ayant valeur de directive

Le président. Nous passons donc à l'affaire du point numéro 87. Il s'agit d'une motion. Nous avons deux motions d'ordre, la première formulée par le Bureau du Grand Conseil qui propose que cette motion ne soit pas une motion à valeur directive mais qu'elle soit une motion « mit Weisungscharakter ». Et nous avons une deuxième motion d'ordre qui a été déposée par Mme la députée Amstutz qui demande que le débat soit réduit. Nous allons donc d'abord commencer par voter la proposition du Bureau du Grand Conseil : les député-e-s qui acceptent de transformer cette motion à valeur de directive en motion « mit Weisungscharakter » votent oui, celles et ceux qui rejettent cette proposition votent non. – Moment ..., ja. Alors, Mme la conseillère d'Etat Allemann souhaite prendre la parole. Je vais la lui laisser au préalable.

Evi Allemann, DIJ-Direktorin. Vorher habe ich mich nicht gewehrt. Beim Geschäft 80 ist es ja auch um die Wandlung einer Richtlinienmotion in eine Motion gegangen, und auch dort hätte die Regierung die Annahme dieser Richtlinienmotion wahrscheinlich anders beurteilt, wenn es eine Motion mit Weisungscharakter gewesen wäre. Jetzt hier ist es aus der Sicht der Regierung ganz klar eine Richtlinienmotion. Wenn man schaut, wann eine Motion ein Weisungscharakter haben kann, ist klar: Das ist dann der Fall, wenn die Entscheidungszuständigkeit in der Sache des Grossen Rates liegt. Und jetzt in diesen Fragen – egal wie man politisch dazu steht – ist es klar: Der Grosse Rat hat keine Raumplanungskompetenz. Die raumplanerische Zuständigkeit liegt an einem anderen Ort, und deshalb kann man über diese Motion politisch diskutieren, aber aus der Sicht der Regierung ist es ganz klar eine Richtlinienmotion. Ich bitte Sie, dies auch so zu würdigen und entsprechend abzustimmen.

Le président. Merci. Alors, nous allons voter maintenant le caractère de cette motion : les député-e-s qui acceptent de la transformer en motion « mit Weisungscharakter » votent oui, celles et ceux qui refusent de la transformer en motion « mit Weisungscharakter » votent non.

Abstimmung / Vote

2020.RRGR.412

Ordnungsantrag Büro: Wandlung in Motion mit Weisungscharakter
 Motion d'ordre du Bureau : transformation en motion ayant valeur d'instruction

Annahme / Adoption

Ja / Oui	73
Nein / Non	63
Enthalten / Abstentions	5

Le président. Vous avez accepté de la transformer en motion « mit Weisungscharakter ».

Nous allons voter maintenant sur la motion d'ordre de Mme la députée Amstutz qui souhaite un débat réduit : les député-e-s qui souhaitent transformer cette motion en débat réduit votent oui, celles et ceux qui ne le souhaitent pas votent non.

Abstimmung / Vote

2020.RRGR.412

Ordnungsantrag Amstutz: reduzierte Debatte
 Motion d'ordre Amstutz : débat réduit

Annahme / Adoption

Ja / Oui	93
Nein / Non	44
Enthalten / Abstentions	2

Le président. Vous avez accepté de transformer cette motion en débat réduit.

Nous allons donc traiter cette affaire du point numéro 87 de l'ordre du jour sous la forme d'un débat réduit. Je rappelle que le gouvernement propose son rejet. Je laisse la parole à la porte-parole – non, ce n'est pas la porte-parole, à Mme la députée Amstutz.

Madeleine Amstutz, Sigriswil (SVP), Mitmotionärin. Die heutige Debatte über den Campingplatz ist nötig und wichtig. Der Grosse Rat hat seinen Willen schon mehrmals bekundet. Leider hat Regierungsrätin Evi Allemann den Willen des Grossen Rates bis jetzt nicht umgesetzt. Das Parlament hat im Jahr 2020 den Weiterbetrieb des Campingplatzes Fanel beschlossen. Die Regierungsrätin hat die Aufgaben in die gegenseitige Richtung eingeleitet. Auch der Willen, den Aufnahmestopp für die Dauercamper zu stoppen, ist bis jetzt nicht umgesetzt worden. Noch schlimmer: Die Frau Regierungsrätin wollte diese Motionen abschreiben. Auch hier hat das Parlament Nein gesagt. Jetzt sollte dann der Willen des Parlaments hoffentlich auch bei der Frau Regierungsrätin angekommen – ... und auch wenn sie und Naturschutzverbände unverständlicherweise Campingplätze schliessen wollen.

Die ablehnende Haltung begründet sie immer mit der rechtlichen Lage, was nicht nötig und möglich sei. Es gibt aber keinen Gesetzesartikel dazu, ich habe auch noch nie einen gehört. Es gibt einen Verwaltungsgerichtsentscheid aus dem Jahr 2017, der sagt, was Sache ist, und das ist genau das, was jetzt nach 4 Jahren endlich umgesetzt werden soll. Deshalb diese Motion in 3 Punkten: erstens, die Zonenkonformität ist anzupassen, die zwei Parzellen sollen umgewandelt werden in eine Zone für öffentliche Nutzung und gleichzeitig Parzellen auf die geforderte Grösse reduziert werden. Zweitens, die vom Verwaltungsgericht geforderte umweltverträglichen Zulässigkeit vom heutigen Campingplatz muss beurteilt werden. Und drittens, der vorgesehene Ersatzstandort ist in eine Ökofläche

umzuwandeln und dem Naturschutzgebiet Fanel zuzuweisen. Seit 60 Jahren haben dort Menschen, Tiere und Natur miteinander auf dem gleichen Platz ... *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* ... Platz, und das soll auch weiterhin so sein, gleich wie es beim FKK-Campingplatz auch möglich ist. Der Gemeinderat, die Bevölkerung, die IG, die Region setzt sich für diesen Campingplatz ein – breiter kann es nicht abgestützt sein, und wir müssen in der heutigen Zeit Sorgen haben zu unseren Camping-... *(Der Präsident bittet den die Rednerin erneut, zum Schluss zu kommen. / Le président demande encore une fois à l'oratrice de conclure.)* Ich bitte Sie, diese Motion in allen 3 Punkten anzunehmen. Merci.

Peter Gerber, Schüpfen (Die Mitte), Mitmotionär, Fraktionssprecher. Ich spreche nicht nur als Motionär, sondern auch als Fraktionssprecher.

«Es wird langsam mühsam» – Zitat unserer Umweltdirektorin in der Bernexpo. Ja, wir wissen: Politik kann Freude machen, und manchmal ist Politik tatsächlich mühsam. Nach zwei Annahmen von Motionen, zweimal auf Nichtabschreibung, bin ich froh, dass Sie heute dem Weisungscharakter zugestimmt haben. Die Motion verlangt nur 3 Punkte, vor allem die, die man schon lange hätte machen sollen, endlich einen zonenkonformen Campingplatz. Wir haben auch den Nachweis, dass Mensch und Natur nebeneinander gut wirtschaften können. Wir wollen, dass der Ersatzstandort zu Ökofläche betrieben wird und somit auch ein klares Zeichen zur Natur. Die Campingfreunde von Gampel haben uns nach dem Hochwasser klar aufgezeigt, dass ihnen dieser schöne Fleck auf Erden wichtig ist, und sie haben das Ganze wieder instandgesetzt. Helfen wir jetzt miteinander, dass sie das weiterhin so betreiben können. Die Fraktion Die Mitte stimmt einstimmig allen 3 Punkten zu. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Sandra Schneider, Biel/Bienne (SVP), Fraktionssprecherin. Es ist noch nicht lange her, seit wir hier über den Campingplatz Fanel gesprochen haben, und der Grossen Rat hat mehrfach klar alle Vorstösse zur Weiterführung des beliebten Seeländer Campingplatz nach dem Jahr 2024 überwiesen. Gerade als Seeländerin freut es mich sehr, dass der Campingplatz in Gampelen zu einem der grössten und beliebtesten Campingplätze der Schweiz gehört. Die Gemeinde selber, die Region, aber auch Touristen wollen diesen Campingplatz Fanel erhalten.

Vielleicht vergisst man gerne, dass es noch andere touristische Orten im Kanton Bern gibt als im Oberland. Aber ja, das Seeland hat noch viel mehr zu bieten als den besten Wein des Kanton Bern. Mit der vorliegenden Motion, jetzt in Weisungscharakter, haben wir jetzt einen praktikablen Vorschlag auf dem Tisch, wie man die verzwickte Lage lösen könnte. Mit einer Umzonung auf der Parzelle, auf der sich heute der Campingplatz Fanel befindet, in eine öffentliche Nutzung und dafür eine in unmittelbarer Nähe befindliche Ersatzparzelle, die heute bereits landwirtschaftliche genutzt werden, in eine Ökofläche umzuwandeln – das empfinden wir als ein sinnvolles Vorgehen. Ich möchte an dieser Stelle *noch* einmal in Erinnerung rufen: Der Regierungsrat hätte in Meisberg in einem Naturschutz-nahen Gebieten ein Transitplatz für ausländische Fahrende machen wollen. Das Argument beim Campingplatz Fanel, könnte man nicht einen Kompromiss schliessen, wie es hier den vorliegenden Vorstoss verlangt, zieht deshalb einfach nicht.

Die SVP-Fraktion unterstützt den Vorstoss einstimmig und bittet Sie ebenfalls, dieser Motion zuzustimmen. Danke.

Samuel Kullmann, Thun (EDU), Fraktionssprecher. Vielleicht kennen Sie die Hans-Insel oder haben schon einmal von dieser gehört. Das ist eine unbewohnte 1,3 km² grosse Insel, und Dänemark und Kanada sind sich nicht ganz einig, wem jetzt diese gehört. Deshalb geht jeweils nach ein paar Monaten das Militär vom einen Land auf die Insel und hisst die Flagge, und ein paar Monate später geht das andere Militär und hisst die andere Flagge. Und weil sie das Ganze humorvoll nehmen, hinterlassen sie auch ein kleines Geschenk für das jeweils andere Land. Jedenfalls ist mir diese Hans-Insel in den Sinn gekommen, wenn wir jetzt hier zum wiederholten Mal über den Campingplatz Gampel diskutieren. Es ist ein Hin und Her zwischen dem Grossen Rat und Regierungsrat – oder vielleicht sollte man sagen: zwischen dem Grossen Rat und der Regierungsrätin. Für die EDU-Fraktion ist klar: Wir sind für den Campingplatz Gampelen, wir waren für jeden dieser Vorstösse,

auch für jene, denen jetzt der Grosse Rat schon in der Vergangenheit zugestimmt hat. Wir finden, dass netto der Nutzen für den Schutz der Schöpfung gegeben ist, dass dieser klar ist, dass das insgesamt umweltfreundlich ist. Und wir werden auch dieses Mal, wie es nicht überrascht, der Motion zustimmen. Und vielleicht können wir uns als Grosser Rat überlegen, was wir der Regierungsrätin vielleicht in der übernächsten Session als Geschenk hinterlassen, wenn wir wieder einen solchen Vorstoss überweisen.

Marianne Dumermuth, Thun (SP), Fraktionssprecherin. Zuerst möchte ich noch etwas zu einer ganz unguten Kultur sagen, die jetzt hier plötzlich noch schnell am letzten Nachmittag durchgebrochen ist. Der Gesamtregerungsrat entscheidet über Vorstösse und nicht eine einzelne Regierungsrätin. Und Sie wissen dies genau so gut wie alle anderen auch. Wir sind lange genug in der Politik. Nachher ist es sehr eigenartig. Dieser Vorstoss hat jetzt plötzlich Weisungscharakter. Eine Umzonung ist eindeutig eine Aufgabe der Gemeinde und nicht des Kantons. Es steht hier auch nicht etwas von einer kantonalen Überbauungsordnung (ÜO). Ich muss Sie jetzt fragen, Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, gerade hier, geradeaus vor mir: Wenn jetzt plötzlich der Kanton zu Ihnen in die Gemeinde käme und eine Umzonung vornehmen würde – Sie wären ja die Ersten, die dies massiv zurückweisen würden.

Ich bleibe jetzt ein bisschen auf der formalen Ebene, denn inhaltlich haben wir über diesen Campingplatz schon sehr oft diskutiert. Wir wissen alle, warum es dort nicht weitergehen kann, wie sich viele wünschen. Das ist nichts Neues. Darum möchte ich einfach sagen, wir als SP-JUSO-PSA-Fraktion werden diesen Vorstoss ablehnen, wie jetzt schon ein paar Mal betont, und wir werden auch alle anderen Vorstösse in Zukunft zu diesem Thema ablehnen. Vielen Dank.

Sandra Hess, Nidau (FDP), Fraktionssprecherin. Einmal mehr gibt dieser Campingplatz Fanel hier in diesem Saal viel zu reden. Einmal mehr fordern Grossräte, dass er weitergeführt wird. Einmal mehr argumentiert die Regierung, dass ihr aus rechtlicher Sicht die Hände gebunden sind. Es ist also schon fast eine politische Pattsituation. Aber, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Regierungsrätin, so kommen wir doch einfach nicht weiter, nicht hier in diesem Saal und auch nicht am Neuenburgersee. Es streitet niemand ab, dass die rechtliche Ausgangslage schwierig ist, aber es kann ja auch nicht sein, dass man hier den Eindruck erweckt, dass das Recht eine statische unantastbare Macht wäre, an der man nie mehr etwas ändern könnte.

Das Recht, das Gesetz in diesem Land, machen ja wir Menschen, also müssen ja wir Menschen einen Weg finden, wenn es nicht mehr zeitgemäss ist, damit man es anpassen kann. Und dass sich die Zeiten ändern, sieht man ja gerade im Fanel sehr gut. Das ist ja sozusagen ein Paradebeispiel für einen dynamischen Prozess. Schliesslich war es in den Fünfzigerjahren einmal ein Naturschutzgebiet. Mittlerweile sind sieben weitere Schutzfestlegungen darauf. Und die ganze wertvolle Entwicklung hat ja stattgefunden, währenddem auch der Mensch dort anwesend war und dort Sommer für Sommer seine Sommerferien und seine Wochenenden verbracht hat. Es ist einfach blöd, hat niemand daran gedacht, auch die Anwesenheit des Menschen irgendwo rechtlich festzuhalten.

Wenn man die Argumentation der Regierung liest, dann ist das schon fast ein bisschen sperrig, wenn man bei Punkt 2 sieht, dass sie sagen, sie haben das Gefühl, die umweltrechtliche Zulässigkeit zu prüfen, mache keinen Sinn, obwohl genau das ja das Verwaltungsgericht empfohlen hat.

Meine Damen und Herren, es ist Zeit, die Blockade aufzulösen. Es ist Zeit, sich ein Beispiel an der Dynamik der Flora und Fauna im Fanel zu nehmen, diese Dynamik hier in die Politik zu bringen und zu schauen, wie man die Bedürfnisse von Mensch und Natur künftig unter einen Hut bringen kann, denn davon sind wir auch davon überzeugt, ... (*Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.*) ... gerade im Zeichen von Klimaschutz, schonenden Umgang mit Ressourcen werden wir Wege finden müssen, mit diesen verschiedenen Schutzstatus umzugehen. Wir haben die Motion einmal mehr einstimmig an.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne), Fraktionssprecher. Die Motionärin hat gesagt, dieser Vorstoss, diese Motion sei nötig und wichtig und die Debatte, die wir hier führen, auch. Ich sage, sie ist unnötig, und sie ist sinnlos.

Zudem ist die Forderung, die hier in der Motion gestellt wird, widerrechtlich, und der Weisungscharakter, den die Mehrheit dieses Grossen Rates jetzt gerade beschlossen hat, ist ebenfalls widerrechtlich. Ich behaupte, es gibt weder in der Schweiz noch in Europa ein Gebiet, das höher geschützt ist als dieses Gebiet, über das wir hier sprechen. Es ist mit x – x! – kantonalen, nationalen und internationalen Schutzbestimmungen belegt, die man nicht einfach auflösen kann. Es ist chancenlos – hören Sie auf, den Campersand in die Augen zu streuen. Sie müssen gehen, es führt daran nichts vorbei. Lenken Sie Ihre Energie und die Energie der Verwaltung in andere Bahnen. Es ist Ressourcenverschwendung. Die Grünen werden die Motion haushoch ablehnen.

Markus Wenger, Spiez (EVP), Fraktionssprecher. Auch die EVP-Fraktion wird diese Motion in allen Punkten ablehnen. Und es ist tatsächlich so, wenn wir in diesem Saal von Effizienz sprechen, macht es doch wirklich keinen Sinn, wenn wir zum wiederholten Mal hier in diesem Saal etwas beschliessen, das von der Rechtsgrundlage aus uns allen offensichtlich klar sein muss, dass das nicht geht.

Wenn ich also von einem von Ihnen jetzt verlange, dass er hier nach vorne kommt und einen Salto rückwärts macht, geschraubt, wäre das etwa ungefähr die gleiche Idee, wie wenn wir hier eine Motion jetzt zum wiederholten Mal durchzwängen und überweisen, die Verwaltung belasten und Aufwand betreiben, damit am Schluss nichts und gar nichts dabei herauskommt. Seien Sie doch vernünftig, lehnen Sie das ab.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp), Fraktionssprecher. Ja, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frau Campingdirektorin, Kolleginnen und Kollegen, liebe Madeleine. (*Heiterkeit / Hilarité*) Das ist jetzt also noch ein Praliné, das wir hier zum Tagesabschluss serviert bekommen. Wir haben es ja schon ein paar Mal gekaut. Dann kann es kein Praliné sein. Dann ist es vielleicht so ein bisschen ein ausgelutschtes Bonbon.

Ich glaube, Marianne Dumermuth hat es erläutert. Wir sind hier einfach im Bereich der Gemeindekompetenzen. Wir haben ja über die schon ein paar Mal debattiert und so ein bisschen... Bei der Gemeindeautonomie ist ja wirklich beliebt, dass man sie so auslegt, dass es einem dann gerade passt von links und rechts. Aber das hat seine Grenzen, und ich finde, es ist jetzt wirklich ungut, dass man so tut, als dass hier die Regierung uneinsichtig ist und sich nicht dem Mehrheitswillen des Parlaments beugt, weil die Regierung ist ja eben bei uns eine rechtsstaatlich gewählte Regierung, die, glaube ich sogar, noch den Eid auf die Verfassung schwört. Das heisst, man muss sich halt irgendwie an die Gesetze halten. Ich glaube, ich weiss es jetzt nicht, war es die Regierungsrätin Allemann gewesen oder noch der Christoph Neuhaus? Man hat geschaut, dass dieser Vertrag verlängert werden kann, und dort hat man, glaube ich, den Ermessensspielraum *extrem* grosszügig ausgelegt zugunsten von diesen Campingfreunden. Und ich hätte dort also gerne auch noch einen Platz. Und jetzt geht das halt dann einmal zu Ende, und ich glaube, das muss man respektieren, Madeleine, auch wenn man das jetzt mehrmals bringt und noch, wenn es jetzt eine Mehrheit geben wird.

Regierungsrätin Allemann kann es gar nicht vollziehen, wenn wir dies jetzt mit Mehrheit überweisen. Zum Glück, denn das ist der Beweis, dass wir in einem Rechtsstaat sind. Ich habe heute Morgen, zwar manchmal nur mit einem Ohr, ich gebe es zu, dem Kollegen ... (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) ... zugehört, wie wichtig diese Verfassung ist. Ja, sie ist wichtig und pour le respect de l'institution, des institutions sollten wir jetzt hier einfach ablehnen und einen Schlusspunkt setzen.

Evi Allemann, DIJ-Direktorin. Die Fragen rund um diesen Campingplatz sind wirklich schwierige, und sie sind immer sofort sehr emotional. Ich versuche diesbezüglich so nüchtern wie möglich zu bleiben, auch wenn jetzt ziemlich heftige Vorwürfe an meine persönliche Adresse gefallen sind. Ich darf zum Glück im Namen der Regierung sprechen. Und im Regierungsrat haben wir dieses Geschäft schon mehrfach gehabt, dank Ihnen, aber auch dank der Tatsache, dass wir 2018 eine Vereinbarung mit dem TCS und den Umweltverbänden verhandelt haben, die das Weiterbestehen dieses Campingplatzes bis in die Zwanzigerjahre hinein, also bis in die heutige Zeit, garantiert. Ich hat-

te nämlich festgestellt – und das hat mein Vorgänger schon angerissen –, dass der Baurechtsvertrag, der die Grundlage ist, damit dort das Camping betrieben werden kann, Ende 2018 ausläuft oder ausgelaufen ist. Also haben wir 2018 unter Hochdruck versucht, eine Lösung zu finden, damit wir nicht am 1. Januar 2019 keine Grundlage mehr haben und auf die Saison 2019 hin dieses Camping hätten schliessen müssen. Wenn ich also nichts gemacht hätte, wäre dieses Camping heute schon längst weg.

Wir konnten diese Vereinbarung zwischen Kanton, TCS und Umweltverbänden abschliessen, und das garantiert heute, dass wir einen geordneten Rückbau machen können. Es garantiert keinen Weiterbetrieb auf alle Ewigkeit hinaus. Mitte der Zwanzigerjahre muss dieser Campingplatz definitiv geräumt sein. Aber bis dahin hat man die Chance, diesen Camping in einem geordneten Verfahren zurückzubauen und zu verlassen, und nicht von heute auf morgen. Und das ist das Problem: Wenn wir diese Vereinbarung brechen, fehlt die Grundlage für den Weiterbetrieb, und dann müssen die Campierenden dort von heute auf morgen das Terrain verlassen.

Wenn man jetzt konkret schaut, was im Vorstoss gefordert wird: Die Punkte 1 und 3 sind klar in der Gemeindekompetenz. Hier können Sie weder mich noch den Regierungsrat verpflichten, dies umzusetzen. Es wäre wider die bernische Rechtsordnung, wenn wir kommen würden und der Gemeinde dort eine Zone für öffentliche Nutzung verordnen würden. Das können wir gar nicht. Beim dritten Punkt ist es genau gleich gelagert. Wenn also diese beiden Punkte nicht umgesetzt werden, ist es nicht mangelnder Willen. Ich *höre* Ihren politischen Willen, aber ich kann nur im Rahmen dessen handeln, was die Kompetenz meiner Direktion ist, und im Rahmen dessen, was der Kanton sich selber an raumplanerischen Kompetenzen gegeben hat und nicht an die Gemeinden weiterdelegiert hat.

Punkt 2: Dort ist es etwas anders gelagert. Klar können wir noch einmal einen Externen eine rechtliche Beurteilung machen lassen. Wenn Sie diesen annehmen, werden wir uns dies überlegen, ja. Aber natürlich haben wir, bevor diese Vereinbarung abgeschlossen wurde, eine rechtliche Beurteilung gemacht nach dem Verwaltungsgerichtsurteil. Juristinnen und Juristen sowohl aus meinem Rechtsamt wie auch Juristinnen und Juristen des TCS haben sich viel Zeit genommen, sich zu überlegen: Gibt es eine rechtliche Möglichkeit für einen Weiterbetrieb? Sie sind gemeinsam – also je unabhängig, aber am Schluss gemeinsam am Tisch – zum Schluss kommen: Es ist nicht möglich, die rechtlichen Rahmenbedingungen sind nicht gegeben für eine Verlängerung, und es ist nötig, im Rahmen einer Vereinbarung mindestens die nächsten 5, 6 Jahre noch zu sichern. Deshalb hat man danach diese Vereinbarung geschlossen, gestützt auf die rechtliche Beurteilung. Das war immer unsere Aussage, dass wir eine Beurteilung durchaus vorgenommen haben, aber wenn man dem nicht glaubt und auch der rechtlichen Einschätzung des TCS nicht glaubt – es ist nicht nur unsere Einschätzung –, kann man das auch extern noch einmal überprüfen lassen. Das ist der Punkt 2, dieser ist umsetzbar, und daran würden wir uns auch halten.

Le président. La comotionnaire maintient son texte sous la forme d'une motion. L'affaire du point numéro 87, nous allons voter : les député-e-s qui acceptent cette intervention sous la forme d'une motion votent oui, celles et ceux qui rejettent cette proposition votent non.

Abstimmung / Vote

2020.RRGR.412

Annahme / Adoption

Ja / Oui	72
Nein / Non	61
Enthalten / Abstentions	5

Le président. Vous avez accepté cette intervention sous la forme d'une motion.